

Leserfrage

Ich bin 60 Jahre alt, verheiratet und habe keine Kinder. Ich arbeite sowohl fest angestellt als auch selbständig und muss dringend etwas für meine Absicherung tun. Monatlich könnte ich mit meinem Mann etwa 2000 bis 3000 Euro anlegen. Was raten Sie mir?

Ina L., München

Am Anfang jeder Altersvorsorgeplanung sollten sich Sparer über deren Eckpunkte klar werden: Wie hoch soll die monatlich garantierte Rente sein, welche Absicherung besteht bereits, wann erreicht man den Ruhestand und wie groß ist die Versorgungslücke? Mein Rat: Planen Sie dabei stets konservativ.

Als Grundregel gilt zudem: Verteilen Sie Ihre Altersvorsorge im Sinne der Risikostreuung auf unterschiedliche Anlageprodukte. Je näher Ihr Ruhestand bereits gerückt ist, umso wichtiger ist es, mögliche Kursrisiken zu vermeiden. Außerdem schmälern hohe Kosten der Vorsorgeprodukte später die Höhe der Rente. Diese Kosten müssen aber offen gelegt werden. Mit kostenfreien Bankparlären oder privaten Rentenversicherungen auf Nettotarifbasis lassen sie sich auch geschickt umgehen. Gerade mit letzteren erreicht der Sparer erheblich höhere Rentenleistungen oder alternativ entsprechende Beitragsersparungen.

Interessant für Selbstständige mit einer hohen Steuerbelastung: In diesem Jahr können 68 Prozent der Beitragszahlungen für eine Rürup-Rente steuerndermal als Sonderausgaben geltend gemacht werden. Bedenken Sie: Die nachgelagerte Besteuerung der Rentenzahlungen ist gegenzurechnen. Bei einer Angestelltenaktivität sollte auch ein Riestervertrag einbezogen werden.

Bei den Rürup- und Riesterprodukten lohnt sich ein Blick auf die Kosten. Hier sind Anbieter vorzuziehen, die Abschlusskosten und Bestandsvergütungen an den Kunden direkt abführen. Die Ersparnis kommt so der eigenen Altersvorsorgung zugute. Weitere Möglichkeiten: Unter Umständen kommt auch die Verrentung einer Immobilie in Betracht. Ein anderer Vorschlag wäre außerdem die Einmalzahlung in eine sofort beginnende Rentenversicherung.

Ulf Niklas ist persönlich haftender Gesellschafter des Finanzplanungsbüros Niklas & Lehmann in Berlin. Foto: oth

Leserfragen zu Anlagethemen bitte an leserfrage@sueddeutsche.de

Mehr Online-Banking

Berlin - Die Deutschen erledigen ihre Bankgeschäfte zunehmend im Internet. Die Zahl der Nutzer sei mittlerweile auf 24 Millionen gestiegen - zwei Millionen mehr als im Jahr 2007, teilte der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (Bitkom) mit. Damit nutzen 38 Prozent aller Bürger im Alter von 16 bis 74 Jahren Online-Banking. Vor fünf Jahren lag der Anteil noch bei 21 Prozent, insgesamt waren es 13 Millionen Menschen. dpa

US-Regierung prüft Verstaatlichung von Banken

Ein einflussreicher Senator fordert radikale Schritte - und das Weiße Haus beruht die Finanzmärkte

Von Nikolaus Piper

New York - In den Vereinigten Staaten nehmen die Spekulationen über eine Verstaatlichung mehrerer großer Banken zu. Am Freitag waren aus diesem Grund an der Wall Street die Kurse von Finanztiteln abgestürzt. Der Sprecher von Präsident Barack Obama, Robert Gibbs, versuchte die Märkte mit der Erklärung zu beruhigen, die Regierung glaube an ein „privat geführtes Bankensystem“.

Trotz dieser Erklärung verlor der Dow-Jones-Index im Handelsverlauf 100 Punkte oder 1,3 Prozent und landete bei 7365 Punkten. Damit war die vergangene Börsenwoche die schlechteste seit vier Monaten. Besonders betroffen war Citigroup, deren Aktien brachen um 22 Prozent ein, die Papiere der Bank of America verloren 3,6 Prozent, Wells Fargo ging um 9,2 Prozent zurück, JP Morgan um 3,4 Prozent. Die Spekulationen wurden genährt durch den einflussreichen Chef des Bankenausschusses im US-Senat, den Demokraten Christopher Dodd. Es könne unvermeidlich werden, dass die Regierung „für eine kurze Zeit“ Banken übernimmt. „Mir gefällt das überhaupt nicht, aber es kann genau so passieren“, sagte Dodd Bloomberg TV.

Der ehemalige Präsident der Notenbank Federal Reserve, Alan Greenspan, sagte in einem Interview der Financial Times, eine Verstaatlichung der Banken könne unter Umständen der beste Weg sein, um diese zu restrukturieren. Der Ökonom Nouriel Roubini von der New York University sagte dem Wall Street Journal, er rechne mit der Verstaatlichung innerhalb der nächsten sechs Monate. Die beste Lösung sei dabei, dass der Staat die großen Banken komplett übernimmt, sie restrukturiert und anschließend wieder verkauft.

Präsident Obama und Finanzminister Timothy Geithner wollen den letzten radikalen Schritt zur Verstaatlichung der Regierung vermeiden. Mitarbeiter der Regierung wurden in amerikanischen Medien mit der Aussage zitiert, ein solcher Schritt könne die Krise verlängern oder



Faktisch ist die Regierung in Washington schon heute größter Anteilseigner der Bank of America. Nach Marktschätzungen liegt der Staatsanteil bei 66 Prozent, bei Citigroup beträgt er sogar 74 Prozent. Foto: Reuters

sogar verschlimmern. Befürchtet werde, dass es nach einer Verstaatlichung schwieriger werden könne, privates Kapital für Finanzinstitute zu mobilisieren; außerdem sei unklar, mit welchen Mitarbeitern der Staat die Banken in der Praxis führen solle.

Andererseits stehen Obama und Geithner unter Entscheidungszwang. Geithners neues Paket zur Bankenrettung sieht einen „Stress-Test“ vor für alle Banken, deren Bilanzsumme größer als 100 Milliarden Dollar ist. Bei diesem Test sollen die Behörden herausfinden, ob das jeweilige Institut genügend Reserven hat, um die Krise durchzustehen. Geithners Plan lässt offen, was mit einer Bank geschieht, die diesen Test nicht besteht. Ei-

ne logische Konsequenz wäre dann die Verstaatlichung. Die Unsicherheit über diese Frage hat in den vergangenen Tagen zur wachsenden Nervosität an den Finanzmärkten beigetragen.

Faktisch ist die Regierung in Washington heute schon bei vielen Instituten ein großer Kapitalgeber. Nach Marktschätzungen liegt der Staatsanteil bei Bank of America bei 66 Prozent, bei Citigroup sogar bei 74 Prozent. Theoretisch könnte Geithner die Einlagen bei diesen Banken - stimmrechtslose Vorzugsaktien oder Genusscheine - in stimmrechtsfreie Aktien umwandeln und wäre damit automatisch Mehrheitsaktionär. Zusätzlich könnte er die restlichen Teilhaber des jeweiligen Instituts formell enteignen.

Die betroffenen Banken wehrten sich vehement gegen die Spekulationen. Citigroup erklärte in einer Stellungnahme, die eigene Kapitalbasis sei „sehr stark“. Kenneth Lewis, der Chef der Bank of America, wandte sich in einem Brief an seine Mitarbeiter: „Wir sehen keinen Grund, warum eine Bank, die Gewinne macht und deren Kapital und Liquiditätsposition stark sind, für eine Verstaatlichung vorgesehen werden sollte.“ heißt es darin. „Spekulationen über eine Verstaatlichung beruhen auf einem Mangel an Verständnis für unsere finanzielle Lage ebenso wie für die negativen Rückwirkungen, die so ein Schritt für unsere Kunden und die Wirtschaft allgemein haben würde.“ (Kommentare)

UBS-Führung wegen Steueraffäre unter Druck

Streit um Schweizer Bankgeheimnis: Verwaltungsgericht stoppt überraschend die Weitergabe von Kontendaten in die USA

Von Silvia Liebrich

München - Der Streit um die Aufzeichnung des Schweizer Bankgeheimnisses hat sich am Wochenende zugespitzt. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung steht die Schweizer Großbank UBS, die amerikanischen Kunden geholfen haben soll, in den USA Steuern in Millionenhöhe zu hinterziehen. Nachdem sich das Kreditinstitut Mitte vergangener Woche bereiterklärt hatte, die Daten von 250 amerikanischen Kunden an die US-Ermittlungsbehörden herauszugeben, schob dem das Schweizer Bundesverwaltungsgericht am Freitag einen Riegel vor. Es untersagte die Weiterleitung von Informationen, nachdem acht Bankkunden Beschwerde gegen den UBS-Beschluss eingelegt hatten. In einer einstweiligen Verfügung wurde der Finanzmarktaufsicht untersagt, die brisanten Daten weiterzugeben. Die Herausgabe sei nicht zulässig, hieß es zur Begründung. Die Schweizer Regierung wider-

rief zudem kurzfristig ihre Entscheidung, einen Experten zu einer Anhörung vor dem US-Senat zu entsenden, bei der es um die Klärung der Vorwürfe gegen die UBS gehen soll.

Die Bank, die Schweizer Regierung und die USA streiten sich wegen der Steueraffäre seit mehreren Monaten. Insgesamt soll es um 20 Milliarden Dollar gehen, die angeblich von 2002 bis 2007 an den amerikanischen Steuerbehörden vorbeigeschleust wurden. Dies würde Steuerausfälle in Höhe von gut 300 Millionen Dollar bedeuten. Die amerikanischen Behörden verlangen von der Bank Auskunft über insgesamt 52 000 Konten amerikanischer Kunden, die im Verdacht stehen, Steuern hinterzogen zu haben. Von zahlreichen Schweizer Politikern wird dieses Ansinnen vehement abgelehnt. In der Schweiz wird Steuerhinterziehung im Gegensatz zu Steuerbetrug durch das Bankgeheimnis geschützt.

Die Führung der UBS geriet wegen der Steueraffäre und der Herausgabe von

Kontendaten weiter unter Druck. Politiker forderten am Sonntag die Rücktritte von Verwaltungsratspräsident Peter Kurer und Konzernchef Marcel Rohrer. „Ich bin über den gesamten Führungsstil bei UBS enttäuscht“, sagte Thomas Hutter von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) der Zeitung Sonntag. Das Top-Management verstehe nicht mehr, was die Menschenbewege. In einigen Medienberichten wurde angedeutet, Kurer und Rohrer seien über die Fälle von Steuerberührung in den US-Filialen der UBS informiert gewesen, was die Bank selbst allerdings dementiert. Weder Kurer noch Rohrer hätten über die illegalen Strukturen im Ausland Bescheid gewusst, sagte ein Firmensprecher. Dies hätten Ermittlungen in der Schweiz ergeben. Auch die amerikanischen Behörden hätten bislang keine Vorwürfe gegen die beiden UBS-Manager erhoben.

Die Herausgabe von Daten über 250 Kunden an die US-Behörden war ursprünglich Teil eines Vergleichs zw-

ischen der UBS und dem amerikanischen Justizministerium, ebenso wie die Zahlung von 780 Millionen Dollar. Damit wollte die Schweizer Großbank eine Strafklage und einen drohenden Lizenzentzug in den USA abwenden.

Für einen Teil der betroffenen Kunden kam der Beschluss des Schweizer Bundesverwaltungsgerichts jedoch zu spät: Die Finanzmarktaufsicht bestätigte, dass bereits ab Mittwoch Informationen in die USA weitergeleitet worden seien. Man habe korrekt gehandelt, sagte ein Sprecher der Finanzmarktaufsicht. Nachdem das Gericht die Weitergabe für unzulässig erklärt habe, sei die Weiterleitung gestoppt worden. „Wir haben nicht vor, weitere Daten herauszugeben“, hieß es. Das Schweizer Bundesverwaltungsgericht teilte unterdessen mit, die Herausgabe der Daten könne Haftungs- und strafrechtliche Folgen haben. Die Schweizer Bankiervereinigung hielt das Vorgehen der Finanzmarktaufsicht dagegen für korrekt.

Madoff kaufte seit Jahren keine Papiere

New York - Der mutmaßliche Betrüger Bernard Madoff hat vom Geld seiner Anleger schon jahrelang keine Wertpapiere mehr gekauft. In Madoffs Firmenunterlagen habe sich kein Hinweis auf ein Wertpapiergeschäft während der vergangenen 13 Jahre gefunden, sagte der mit der Abwicklung der Gesellschaft beauftragte Treuhänder. Entgegen bisherigen Behauptungen Madoffs und seiner Mitarbeiter hätten der Handelsbereich und der Investmentarm der Firma auch keineswegs völlig unabhängig voneinander gearbeitet, so Treuhänder Irving Picard bei einem ersten öffentlichen Treffen mit den Geschäftlichen in New York. Madoff hatte betont, ganz allein und ohne Wissen etwa seiner mit im Unternehmen beschäftigten zwei Söhne gehandelt zu haben. Der im Dezember festgenommene Madoff hatte den Schaden durch sein Schneeball-System auf rund 50 Milliarden Dollar beziffert. Die versprochenen Renditen gab es nicht, Auszahlungen machte Madoff den Behörden zufolge mit dem Geld neuer Investoren. dpa

Asien stockt Krisenfonds auf

Phuket - Die asiatischen Staaten stocken ihren Fonds zur Bewältigung der weltweiten Finanzkrise um 40 Milliarden Dollar (knapp 32 Milliarden Euro) auf. Die bereits vereinbarte Summe von 80 Milliarden Dollar solle auf 120 Milliarden Dollar erhöht werden, beschlossen die Finanzminister von 13 Staaten bei einem Treffen im thailändischen Phuket. Dabei setzten die asiatischen Staaten auf den Mechanismus der Chiang-Mai-Initiative, die nach der Finanzkrise 1997/98 mit dem Ziel gegenseitiger Hilfe ins Leben gefahren worden war. Die Einzelheiten des Finanzpakets stehen noch nicht fest. Beteiligt sind die zehn Staaten der Asean-Gruppe sowie die drei größten Volkswirtschaften der Region, China, Japan und Südkorea. Die Asean-Staaten sollen 20 Prozent des Finanzpakets übernehmen, die drei anderen Länder zusammen 80 Prozent. AFP

GEWINNZAHLEN

Glücksspirale: 10 Euro auf Endziffer 1, 20 Euro auf Endziffer 77, 50 Euro auf Endziffer 463, 500 Euro auf Endziffer 3174, 5000 Euro auf Endziffer 41 172, je 100 000 Euro auf die Endziffern 850 308 und 616 805.

Prämienziehung: je 7500 Euro monatlich auf die Losnummern 0 311 334 und 8 224 528.

Süddeutsche Klassenlotterie: 1 000 000 Euro fiel auf die Losnummer 0 689 649; je 100 000 Euro auf die Losnummer 0 248 100, 1 577 095, 1 764 067 und 1 960 626; je 50 000 Euro auf die Losnummern 1 036 680, 1 089 479, 1 117 065 und 2 298 967; je 10 000 Euro auf die Endziffern 2658, 3592 und 3844; je 125 Euro auf die Endziffern 51 und 91. Es sind keine Ergänzungszüge angefallen.

ARD-Fernsehlottarie (nur Mega-Lose): 1 000 000 Euro oder Haus auf Losnummer 6 524 473; 100 000 Euro auf Endziffer 942 057; 10 000 Euro auf Endziffer 97 637; 1000 Euro auf Endziffer 3896, 10 Euro auf Endziffer 75. Wochenziehung: VW Golf Trendline auf Losnummer 9 349 763; VW Passat Variant auf Losnummer 2 212 253; einwöchige Aktiv-Reise nach Kaprun ins Salzburgerland und Entspannung im Apartment Dollenberg im Schwarzwald auf Losnummer 6 191 781; 100 000 Euro auf Losnummer 3 630 399. (Ohne Gewähr)

Investmentzertifikate table with columns for Name, Währung, Ausg., Rücknahme, ISIN, and various fund details.